

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 28. August 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/lrh>

Stromkunden zahlen für Industrierabatte

Anlass für eine heute abgehaltene Aktuelle Stunde sind eine neue Studie der Deutschen Umwelthilfe und die aktuellen Prognosen der Deutschen Energie-Agentur zur Entwicklung der Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Daraus wird ersichtlich: Die Kosten für die von der Bundesregierung ausgeweitete Befreiung energieintensiver Unternehmen von der EEG-Umlage laufen aus dem Ruder. Nach 2,7 Milliarden Euro im Jahr 2012 und fast 5 Milliarden in 2013 können die von der Industrie eingesparten Stromkosten im Jahr 2014 schon deutlich über die 7-Milliarden-Euro-Marke steigen.



Anne Schierenbeck, energiepolitische Sprecherin, stellt fest: Die Einsparungen der einen sind die Kosten der anderen: Für die Milliardensummen aufkommen müssen die normalen StromverbraucherInnen. Wie alle wissen, sind die Strompreise für die PrivatkundInnen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.

Sie werden aller Voraussicht nach in den kommenden Jahren weiter steigen, wenn sich an der Politik der Bundesregierung nichts ändert. Für so genannte „energieintensive Unternehmen“ sind die Preise dagegen sogar gefallen. Auf Kosten der normalen Stromverbraucher müssen sich diese Unternehmen nicht an den Kosten des EEG beteiligen. Die EU hat Deutschland für die Übervorteilung dieser Unternehmen im Juli gerügt und ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Von der gesamten Stromerzeugung würde im kommenden Jahr ein Fünftel auf so genannte energieintensive Unternehmen entfallen und daher von der EEG-Umlage befreit. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, um welche Unternehmen es dabei geht. Die Ausnahmen-Liste hinterlässt die Leserin staunend. Von den Ausnahmeregelungen profitieren unter anderem: Fleischfabriken, Klopapierproduzenten, und Süßwarenwerke, aber auch die Bremer Tageszeitungen AG.

Ganz schräg wird es, wenn etwa die Fleischfabriken aus ihren ArbeitnehmerInnen LeiharbeiterInnen machen, damit der Energiekostenanteil an der Bruttowertschöpfung steigt: Voraussetzung für die Ausnahmen ist nämlich ein Anteil von mindestens 14 Prozent Energiekosten. Hier subventionieren die Stromkunden am Ende sogar den Abbau von regulären Arbeitsplätzen.

Und was tut die Bundesregierung? Die CDU gefällt sich darin, das Erneuerbare-Energien-Gesetz auszuhöhlen, während Phillip Rösler und Rainer Brüderle von der FDP gegen die ganze Energiewende streiten. Dabei gilt das EEG weltweit als vorbildlich, und die Energiewende schafft tausende neue Jobs. Tatsächlich befindet sich dank der erneuerbaren Energien der Preis an den Strombörsen seit Jahren im Sinkflug. Die Bundesregierung sichert allerdings der Industrie und den Stromriesen lieber ihre Pfründen, anstatt die kleineren Verbraucher zu entlasten und die Energiewende weiter voran zu treiben.

Was noch?

Aus der Fragestunde:

Der Deutsche Akademische Austauschdienst vergibt Stipendien, damit ausländische Studierende in Deutschland studieren können. Das Auswärtige Amt in Berlin plant erhebliche Kürzungen im Haushalt. Dadurch reduziert sich die Zahl um 42 Prozent, was schädlich für die Internationalisierungsstrategie des Bundes und der Länder ist.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Nach der Bundestagswahl wird es eine schnelle EEG Novelle geben müssen. Die Grünen werden alles daran setzen, dass es dabei nicht zu Ausbaubremsen für die erneuerbaren Energien kommen wird, sondern zu einer Kostenreduzierung und zu einer fairen Kostenverteilung.

Nachvollziehbare und transparente Entscheidungen ermöglichen

Daten und Statistiken bilden die Grundlage für viele politische Entscheidungen. Die fortdauernde Beobachtung von Entwicklungen und Prozessen (Monitoring) ist dabei wesentlich und bietet die Möglichkeit, falsche Entwicklungen zu verhindern oder gegenzusteuern. In Bremen gibt es bereits verschiedene Monitoringsysteme, wie etwa den Armuts- und Reichtumsbericht, aber es gibt kein fachübergreifendes Berichterstattungssystem, auf das alle Senatsressorts zurückgreifen können.



Susanne Wendland, Sozialpolitikerin, hatte mit einer Großen Anfrage ausgelotet, welche Monitoringsysteme in Bremen genutzt werden und in welchen Bereichen der Senat Vorteile eines politikfeldübergreifenden System sieht.

Aus der Antwort des Senats geht hervor, dass es acht Monitoring- und vier Berichtssysteme gibt. Diese werden in unterschiedlicher Verantwortlichkeit erstellt, erscheinen in unterschiedlichen Zeitrhythmen und auf unterschiedlicher Datenbasis. So werden beispielsweise Entscheidungen über den Standort einer Ganztagschule oder über die Vergabe von Mitteln für Jugendeinrichtungen auf unterschiedlichen Grundlagen beschlossen, obwohl die soziale Realität dieselbe ist. Es besteht die Gefahr, den Überblick zu verlieren, dabei geht es darum, auf verbindlicher einheitlicher Grundlage politische Entscheidungen treffen zu können. Eine Bündelung der verschiedenen Datenerhebungen beim statistischen Landesamt, die im Rahmen von „open data“ öffentlich zugänglich sind, wäre eine Lösung.

Energie sparen – Geld sparen

Den steigenden Energiepreisen muss gerade auch das Haushaltsnotlage-land Bremen begegnen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Mittel werden aber wahrscheinlich nicht ausreichen. Hier sind Einsparmaßnahmen im Bereich von Heizung und Stromverbrauch nötig. Die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude gehört dazu, erfordert aber auch einen hohen Geldeinsatz.



Anne Schierenbeck, energiepolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, hat eine Große Anfrage formuliert, die detailliert der Senat nach den technischen, finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten zur Sanierung der Immobilien und zur Senkung der Energiekosten gefragt wird.

Dabei kann Bremen auf einige Erfolge verweisen: so ist der Energieverbrauch der Schulen seit Einführung des Energiesparprojekts „3/4plus“ in Bremen seit 1994 im Bereich Wärme um fast 44 Prozent gesenkt worden, in Bremerhaven wurden 30 Prozent Heizenergie gegenüber 1998 gespart.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Bei jeder Gebäudesanierung wird zudem darauf geachtet, dass die Sanierung mit einem hohen energetischen Standard durchgeführt wird. In diesem Zusammenhang ist auch das Energiesparprogramm für die beiden Haushaltsjahre 2014 und 2015 ausdrücklich zu begrüßen: 2 Millionen Euro sollen jährlich in Energiesparmaßnahmen investiert werden. Dies können neue Beleuchtungsanlagen sein, energieeffiziente Heizungspumpen oder moderne Regelungen für Heizungsanlagen. Auch der Austausch von alten Ölheizungen gegen moderne Gas-Brennwertkessel rechnet sich übrigens innerhalb weniger Jahre. Es geht also um Maßnahmen, die rentierlich sind und den Haushalt kurz- und mittelfristig entlasten. Darüber hinaus will der Senat das Instrument des Energiespar-Contractings verstärkt nutzen und die Contracting-Projekte durch Investitionszuschüsse für Dämm-Maßnahmen stärken.

Nicht zu vergessen dabei ist auch: Jedes Gebäude das heute gebaut wird, steht noch 50, vielleicht sogar 100 Jahre. Die Kosten für den Betrieb müssen von den nachfolgenden Generationen aufgebracht werden. Die Denkweise darf also nicht sein: möglichst viel für wenig Geld bauen, sondern so viel bauen, wie auch beheizt und beleuchtet werden kann.

Ein dazugehöriger Antrag der Koalition wurde beschlossen.

Mehr Eigenverantwortung für die Schulen

Hintergrund einer von der Bildungspolitikerin Sülmez Dogan angesprochenen Großen Anfrage ist die Überzeugung, dass die Schulen vor Ort am besten einschätzen können, welche Lernbedingungen für ihre SchülerInnen geeignet sind. Mehr Eigenverantwortung bezieht sich nicht nur auf eigene pädagogische Konzepte oder Schulprofile, sondern umfasst auch die Verwendung der Mittel, insbesondere auch den Einsatz von Personalressourcen, also die Lehrerstundenzuweisung. schon



Der Fraktionsvorsitzende Matthias Güldner, der vertretungsweise die Debatte bestritt, hob hervor, dass die Große Koalition zwar schon im Jahr 2006 einen Prozess auf den Weg gebracht, den Schulen mehr Eigenständigkeit zuzugestehen. Aber im Verlauf der Zeit haben sich immer mehr Dinge ergeben, die von den

Schulen auch allein entschieden werden können. Dies wird auch vom Senat geteilt, wie die Antwort auf die Große Anfrage zeigt. In den beruflichen Schulen der Prozess schon fast am Ende des Weges angelangt.

Die Frage ist jetzt, ob die mehrjährigen Erfahrungen auch auf die allgemeinbildenden Schulen übertragen werden können. Dabei ist ein Kernpunkt, ob die Zuweisung von Lehrerstunden nicht einfacher und transparenter gemacht werden könne. Der Prozess hin zur eigenständigen Schule muss fortgeführt werden, denn er birgt mehr Chancen als Risiken.

Öffentliches Beschaffungswesen: Fair und öko soll Normalfall werden

Viele Waren und Güter werden unter katastrophalen Arbeitsbedingungen hergestellt, unter Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und hoher Umweltbelastung. Die Ausrichtung des öffentlichen Beschaffungswesens an faire und ökologische Herstellungsbedingungen kann viel dagegen



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

bewirken, denn mit einem Umfang im dreistelligen Millionenbereich hat der öffentliche Sektor eine große Nachfragemacht. Mit ihren Beschlüssen zum Beschaffungswesen und zum Tariftreue- und Vergabegesetz hat die rot-grüne Koalition schon vor Jahren Maßstäbe gesetzt.



Jan Saffe, für Verbraucherschutz und Entwicklungszusammenarbeit zuständig, hatte eine Große Anfrage initiiert, um über die Wirksamkeit der Beschlüsse eine Zwischenbilanz zu ziehen: Der Senat bekennt sich deutlich zur fairen Beschaffung und zum Ausüben seiner Marktmacht. Bisher wurden rund 3.000 Artikel

des klassischen Verwaltungsbedarfs auf Ökoprodukte umgestellt. Der Senat schätzt eine vollständige Umstellung auf ökologische Produkte bis zum Jahr 2020 als realistisch ein.

Angesichts der unüberschaubaren Menge an Öko-Siegeln und Labels schlägt Saffe vor, am Ende das, was nicht fair, sozial und ökologische hergestellt wurde, mit einem Negativ-Siegel zu versehen: „unfairtrade“.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de